

Der Krieg und die Schulorganisation.

Hofrat Wettstein hielt am Samstag in der Wiener Pädagogischen Gesellschaft einen Vortrag über den „Einfluß des Krieges auf Bildungsziele und Schulorganisation“. Zu dem Vortrage, der sehr gut besucht war, hatten sich vom Unterrichtsministerium Regierungsrat Dr. Frankfurter, vom Landesschulrate Inspektor Franke, von der Gemeinde Wien Vizebürgermeister Hof, ferner die Reichsratsabgeordneten Seib und Glöckel sowie zahlreiche Pädagogen eingefunden. Der Vortragende wies auf die fortgeschrittenen Rufe nach einer Reform der Mittelschule hin und betonte, gerade der Krieg habe bewiesen, daß die Mittelschule nicht reformbedürftig sei. Die Mittelschule sei als Vorbereitungsschule für die Hochschulen geschaffen worden, sie sollte eine Schule der geistigen Elite sein; mit der Zeit ist aber aus ihr etwas anderes geworden, nämlich eine allgemeine Bildungsschule. Viele Kinder mit zehn Jahren werden einfach in ein Gymnasium oder eine Realschule geschickt, weil gerade diese oder jene Mittelschule im Orte ist, ohne Rücksicht darauf, ob sie auch die Befähigung für das Mittelschulstudium besitzen. Die Wahl des Bildungszieles des Kindes werde nicht sorgfältig erwogen. Deshalb brauche man aber nicht die Mittelschule als solche zu reformieren. Notwendiger sei es, an eine Reform der Schulorganisation zu denken. Vor allem solle die Bürgerschule ausgestaltet werden. Sie soll die eigentliche Bildungsschule sein, nicht nur für den, der später das Hochschulstudium anstrebt, sondern auch für den Kaufmann und den Geschäftsmann. Die Organisation der Schule würde sich dann etwa so gestalten: vier Jahre Volksschule, dann vier Jahre Bürgerschule, die eventuell zu dem Studium der oberen Mittelschulklassen hinüberleiten solle. Daneben könne das vollklassige Gymnasium und die vollklassige Realschule, ebenso wie die vollklassige Volksschule bestehen. Aus der Ausgestaltung der Bürgerschule als eigentliche Bildungsschule ergeben sich mannigfache Vorteile. Vor allem braucht die Frage der Berufswahl nicht im zehnten, sondern erst im 14. Lebensjahr des Kindes entschieden werden; man wird also schon die geistigen Fähigkeiten des Kindes leichter erkennen. Durch die Ausgestaltung der Bürgerschule könne den breitesten Schichten der Bevölkerung eine einheitlichere, allgemeine Bildung vermittelt werden. In den vier Jahren Bürgerschule könnte auch das Studium einer zweiten Landessprache, das sich, wie der Krieg gezeigt hat, als sehr notwendig erweist, gepflegt werden. Der Krieg habe auch auf dem Gebiete des Schulwesens manche Erfahrungen gezeitigt, die nach Friedensschluß benützt werden, um die Organisation des Schulunterrichtes und der Erziehung, die im Kern gesund ist, einer Besserung zuzuführen. Der Vortrag fand reichen Beifall.